

Nicaragua, Februar 2006

Bericht für die Mitgliederversammlung des Fördervereins StädtePartnerschaft Ulm-Jinotega

Als Präsident Enrique Bolaños von der PLC* zu Beginn des Jahres 2002 sein Amt antrat, tat er dies unter dem vollmundigen Versprechen, dass nun für Nicaragua eine neue Ära beginnen würde. Die nächsten Parlaments- und Präsidentschaftswahlen, die im November dieses Jahres stattfinden werden, werfen schon längst ihre Schatten voraus und verstärken die innenpolitische Stagnation und die Krise der politischen Institutionen, die kennzeichnend für die Amtszeit von Enrique Bolaños ist. Dabei gab es zu Beginn seiner Amtszeit einige positive Anzeichen dafür, dass Nicaragua unter Bolaños zu einer seriösen, problemorientierten Politik zurückfinden könnte, die einen Ausweg aus der politischen und sozialen Krise in der sich Nicaragua seit Jahren befindet, eröffnen würde. Erstmals lag ein Nationaler Entwicklungsplan auf dem Tisch, der Amtsvorgänger und Parteifreund Arnoldo Alemán war im Zuge der unter dem Druck der internationalen Gemeinschaft versprochenen Korruptionsbekämpfung zu zwanzig Jahren Haft verurteilt worden und Präsident Bolaños hatte weitere große Pläne. Wenn die Nicaraguaner das Versprechen von der Neuen Ära überhaupt jemals ernst genommen haben, so wissen sie spätestens heute im Februar 2006, dass sich gegen Ende der dritten Legislaturperiode nach dem Scheitern der Sandinisten 1989 / 90 die überaus prekäre Lage ihres Landes nicht gebessert hat. Noch immer zählt nach den Kriterien der Vereinten Nationen Nicaragua neben Haiti und Bolivien zu den ärmsten Ländern des Kontinents. Die letzten zuverlässigen statistischen Zahlen weisen für das Jahr 2003 ein pro Kopf-Einkommen von gerade einmal 748 US-Dollar aus. Dies bedeutet dass weiterhin etwa 50% der Bevölkerung unter der Armutsgrenze leben, in ländlichen Gebieten trifft dies sogar auf 70% der Bevölkerung zu. Dies gilt insbesondere für die entlegenen Gebiete der Atlantikküste und weite Teile der Departamentos Matagalpa, Jinotega, Madriz und Nueva Segovia zu. Eine von der Welthungerhilfe finanzierte Studie brachte es jüngst erneut ans Tageslicht, dass Hunger und Unterernährung in Nicaragua auch 2006 noch immer ein Massenphänomen sind. Und obwohl Nicaragua das mittelamerikanische Land ist, welches die höchste Summe an öffentlichen Geldern aus der Entwicklungszusammenarbeit erhält, 2001 waren dies insgesamt 928 Millionen US-Dollar, gibt es keine überzeugenden Anzeichen für eine Gesundung des Landes. Diese Feststellung erzwingt die Frage nach den Ursachen für diese Situation. Aus dem komplexen Gemisch äußerer und innerer Gründe sollen hier die wichtigsten und einflussreichsten behandelt werden.

* PLC Partido Liberal Constitucionalista – Liberale Verfassungspartei

1. Verschuldung des Landes:

Jahrelang gehörte Nicaragua mit bis zu 7 Milliarden US-Dollar Auslandsschulden zu den Ländern mit der höchsten Pro-Kopfverschuldung. Zusammen mit der enormen inneren Verschuldung von rund 4 Milliarden US-Dollar, die vor allen Dingen aus Bürgschaften des Staates und Staatsanleihen herrühren, erwuchs hier eine Zins- und Tilgungslast, die jenseits der ökonomischen Leistungsfähigkeit des Landes lag, das Land saß in einer Schuldenfalle, die von vornherein jede Entwicklung erstickte. Nachdem Nicaragua von den Geberländern in den Kreis der höchstverschuldeten, armen Länder aufgenommen wurde, erfolgte im Rahmen einer Entschuldungsinitiative durch die Geberländer im Jahre 2005 der Erlass von rund 4,5 Milliarden US-Dollar Auslandsschulden, dies waren 75% der aktuellen Schulden. An diesen Erlass sind als Bedingung weitere Strukturanpassungsmaßnahmen im Sinne der schon vom IWF und der Weltbank durchgeführten Maßnahmen geknüpft und sollen freiwerdende Mittel verstärkt zur Armutsbekämpfung eingesetzt werden.

Die Regierung Bolaños hat den Schuldenerlass triumphal als Erfolg ihrer Politik und weniger als die späte Einsicht der verantwortlichen Geberländer für sich vereinnahmt und beschreibt die Zukunft des Landes, man denke an die kommenden Wahlen, nun mit optimistischen bis enthusiastischen Tönen. Bei nüchterner Betrachtung erkennt man jedoch die Tatsache, dass der Schuldendienst auf Jahre hinaus immer noch bei jährlich 108 Millionen US-Dollar liegen wird. Der IWF sieht im Verhältnis Zinsen + Tilgung zu den Exporteinnahmen einen Quotienten von 1,5 für die nicaraguanische Volkswirtschaft als noch verkraftbar an. Aber selbst bei der Annahme sehr

positiver wirtschaftlicher Wachstumsraten wäre dieses Verhältnis erst im Jahre 2014 erreicht. Zieht man weiter in Betracht, dass alleine der Schuldendienst für den Abbau der internen Schulden gegenwärtig 20% des Staatshaushaltes beansprucht und das bescheidene Wachsen des Bruttoinlandsproduktes (2003: 2,3%) vom Bevölkerungswachstum (2003: 2,6%) aufgezehrt wird, so sind auf Grund dieser Fakten erhebliche Zweifel angebracht, ob der Schuldenerlass an der Lage des Landes überhaupt etwas ändert und er insbesondere für die Lage der mehrheitlich armen Bevölkerung eine positive Auswirkung hat. Tatsache ist, dass Nicaragua trotz Schuldenerlass für eine nicht absehbare Zeit von internationaler Finanzhilfe abhängig bleiben wird und zu befürchten ist, dass das Land in einigen Jahren erneut in einer unentrinnbaren Schuldenfalle sitzt.

2. Wirtschaftsstruktur und internationale Handelsbedingungen:

Nicaragua ist ein Agrarland, das mit einer modernisierungsbedürftigen und wettbewerbsschwachen Agrarwirtschaft den sich ständig verschärfenden Bedingungen des globalen Marktes ausgesetzt ist. Ein großer Teil der landwirtschaftlichen Produktionskapazität wird zur Erzeugung der Grundnahrungsmittel Mais, Bohnen und Reis für die Selbstversorgung gebunden, so dass die erwirtschafteten Erträge aus den Hauptexportgütern Kaffee; Zucker und Fleisch, so wie den Nischenprodukten Bananen, Kakao, Sesam, Krabben nicht ausreichen, um das Handelsdefizit von fast regelmäßig über 1 Milliarde US Dollar pro Jahr auszugleichen. (2003: Einfuhren 1,887 Milliarden US-\$ - Ausfuhren 605 Millionen US-Dollar)

Keine der Regierungen seit 1990 hat überzeugende Strategien entwickelt, um die Schwächen und die Einseitigkeit der einheimischen Agrarwirtschaft zu überwinden und die überwiegend kleinbäuerliche Landwirtschaft zu einem international wettbewerbsfähigen Wirtschaftsfaktor zu entwickeln. Auch der ehrgeizige Nationale Entwicklungsplan der Regierung Bolaños hat die Krise des ländlichen Raumes bisher nicht überwinden können. Der Verfall des hochspekulativen Kaffeepreises in den letzten Jahren hat diese Krise besonders in Nicaragua noch weiter zugespitzt und trotz großer eigener Anstrengungen der Kaffeebauern und einer Erholung der Kaffeepreise im Jahre 2005 bleibt der Agrarsektor Lebensgrundlage des Landes höchst krisenanfällig und instabil. Eine ernste Beeinträchtigung und Gefährdung der Landwirtschaft ist überdies spätestens seit der Wirbelsturmkatastrophe „Mich“ 1998 durch die Zunahme ähnlicher Wetterkatastrophen mit jeweils großem Schadensausmaß entstanden.

Ein weiteres wesentliches Hindernis für eine Modernisierung und Umstrukturierung der Landwirtschaft sind ist der Dauerkonflikt wegen ungeklärte Eigentumsfragen bei Grundbesitz, die gegenwärtig wieder zu Landbesetzungen und gewaltsamen Auseinandersetzungen führt. Bis heute war keine der seitherigen Regierungen, auch die von Bolaños nicht, in der Lage, diesen Konflikt zu lösen. Statt einer gesetzgeberischen Lösung reagiert die Regierung mit Polizeiaktionen, die zunehmend blutig enden. Bei einer solchen Aktion wurden kürzlich in Chinandega drei „Landbesetzer“ von der Polizei erschossen.

Nach mehrheitlicher Auffassung der Öffentlichkeit und vieler Fachleute droht der nicaraguanischen Wirtschaft insbesondere aber dem existenziell wichtigen Agrarsektor von ganz anderer Seite Gefahr. Im Oktober 2005 wurde das höchstumstrittene Freihandelsabkommen CAFTA* auch vom nicaraguanischen Parlament mit 49 zu 37 Stimmen gebilligt. Die FSLN** hatte gegen das Abkommen gestimmt. Mit diesem von den USA mit allem Nachdruck initiierten Freihandelsabkommen wird ein Freihandelsraum geschaffen, der die USA, die mittelamerikanischen Staaten und die Dominikanische Republik umfasst. Das weitgehende Abkommen beinhaltet nicht nur den Abbau von Zöllen und anderen so genannten Handelshemmnissen, sondern nimmt Einfluss auf das Beschaffungswesen der einzelnen Länder und begünstigt den Privatisierungsprozess öffentlicher Güter wie Wasser, Energie bis hin zu Bildungs- und Gesundheitswesen. Die Agrarwirtschaft gerät durch die nun unbegrenzt mögliche Einfuhr hoch subventionierter US-amerikanischer Agrarprodukte noch mehr unter Druck. Schon jetzt können trotz niedrigster Löhne, die zu den niedrigsten in Lateinamerika zählen, die nicaraguanischen Bauern mit den Subventionspreisen US-amerikanischen Mais- oder Reisimport

im eigenen Land nicht mehr konkurrieren. Dass zukünftig auch genmanipulierte Produkte auf dem nicaraguanischen Markt auf Grund des CAFTA Abkommen ungehindert zugelassen werden müssen, kann Folgen haben, die der kleinbäuerlichen Landwirtschaft den Todesstoß versetzen. Trotzdem wird der Abschluss dieses Abkommens von der Regierung Bolaños als garantierter Ausweg aus der Dauerkrise des Landes gefeiert.

Unterzieht man die Ergebnisse der schon lange vor dem Abkommen erfolgter Privatisierungen öffentlicher Dienstleistungen und Güter und der Liberalisierung des Binnenmarktes einer Bewertung, so kann man nur feststellen, dass sie für die Menschen des Landes ein einziges Desaster sind. Als Beispiel soll hier nur die Stromversorgung angeführt werden. Die Privatisierung dieses Sektors hat das Land in eine Energiekrise geführt, die von ständigen Preiserhöhungen, Versorgungsengpässen und wachsender technischer Vernachlässigung des Systems gekennzeichnet ist. Auf dem Gebiet der Wasserversorgung droht eine ähnliche Entwicklung. Es liegt auf der Hand, dass die Überantwortung eines für den freien Wettbewerb und den Bedingungen eines globalen Marktes in keiner Weise vorbereiteten Landes wie Nicaragua unverantwortlich ist und nur mit Partikularinteressen zu erklären ist.

* CAFTA = Central American Free Trade Agreement
Sandinistische Front zur nationalen Befreiung

** FSLN Frente Sandinista de Liberación Nacional

3. Versagen der politischen Klasse

Das Nicaragua und seine Menschen mehr als 15 Jahre nach Friedensschluss sich noch immer in einer schier ausweglosen Situation befinden, ist in hohem Maße einer verfehlten Politik des IWF und der Weltbank, die in diesem Lande wie eine Co-Regierung fungiert haben, zu zuschreiben. Die von diesen Institutionen auferlegten Strukturanpassungsmaßnahmen haben zu einer desaströsen Schwächung des sozialen Sektors, insbesondere des Gesundheits- und Bildungswesen geführt. Die landesweiten Streiks von Lehrern und Ärzten in den ersten Wochen dieses Jahres richten sich nicht nur gegen die miserable Bezahlung dieser Berufsgruppen, sondern auch gegen die Zustände in diesen Bereichen.

Aber in viel höherem Maße ist die Misere des Landes der eigenen politischen Klasse anzulasten. Ohne die Ereignisse der gesamten Legislaturperiode noch einmal aufzurollen zu müssen, reicht eine kurze Darstellung der aktuellen politischen Situation aus, diese Feststellung zu rechtfertigen. Die maßgebenden politischen Parteien PLC und FSLN und ihre Protagonisten haben sich zu Zeit heillos in der auch von der internationalen Gemeinschaft geforderten Reform der staatlichen Institutionen, von der Legislative bis hin zur Justiz verfangen. Es ist offensichtlich, dass jede Seite in diesem Prozess versucht, sich größtmöglichen Einfluss und Macht zu sichern. Die schwächste Position hat in diesem Spiel Präsident Bolaños, der in der eigenen PLC über keinen Rückhalt verfügt und im wesentlichen nur von einer Abspaltung dieser Partei der APRE* unterstützt wird. Der starke Mann der PLC ist immer noch der vormalige Präsident Arnoldo Alemán, dessen Verurteilung zu 20 Jahren Haft wegen erwiesener Veruntreuung staatlicher Gelder noch nicht rechtskräftig ist und der aus seinem verhängten komfortablen Hausarrest im Hintergrund die Fäden zieht. Daniel Ortega, zum autokratischen Führer der FSLN mutiert, verfügte über ein Machtpotential, an dem vorbei weder der politisch isolierte Bolaños, noch die PLC wesentliche politische Entscheidungen durchsetzen können. Ohne Skrupel führt Ortega wenn es seiner eigenen Position dienlich ist, wie in der Vergangenheit auch gegenwärtig noch die Politik des Paktierens mit Alemán fort, wobei er in der vorteilhaften Lage ist, mit der Zustimmung oder Ablehnung zu einer von der Mehrheit der PLC intensiv betriebenen Amnestierung von Alemán pokern zu könne. Dies ist nur möglich weil, dies ist eine der größten konstitutionellen Schwächen des politischen Systems in Nicaragua, die Justiz zu ziemlich gleichen Teilen unter dem unmittelbaren Einfluss der PLC oder der FSLN steht. Das heißt im politischen Alltag, dass immer wieder Urteile die ein Richter der der FSLN zugeneigt ist, von einem anderen Richter der es mit der PLC hält, aufgehoben werden. Dies ist symptomatisch für das gesamte politische System, mit dem Ergebnis, das Politik seit Jahren im politische Kräfterdreieck Bolaños- Alemán -Ortega um sich selbst kreist und politischen Stillstand bedeutet und damit für die Gesundung und Entwicklung des Landes notwendige problemorientierte Politik

nicht stattfindet. Der beginnende Wahlkampf und die damit zusammenhängenden innerparteilichen Machtkämpfe spitzen augenblicklich diesen Zustand noch zu.

* APRE Alianza por La Republica, Bündnis für die Republik

Ausblick

Angesichts der politischen und sozialen Krise in der sich Nicaragua befindet, stellt sich die Frage, wer das Land denn überhaupt noch aus der Krise führen kann, nachdem von den gegenwärtigen politisch bestimmenden Kräften und Personen offensichtlich niemand dazu in der Lage ist.

Es ist bei allem heillosen politischen Szenario aber nicht so, als gäbe es in Nicaragua keine politischen und gesellschaftlichen Gegenströmungen. Im Lande selbst hat sich in den letzten Jahren ein absolut klares und überaus kritisches Bewusstsein über die Ursachen und die Verantwortlichen für die schlimme Lage des Landes entwickelt. Und es gibt exzellente Analysen im Sinne von Selbsterkenntnis aus dem Lande selbst, über die Defizite und Schwächen einer nachkolonialen, oligarchisch geprägten politischen Kultur, über die Gefahren neoliberaler Wirtschaftspolitik, es gibt gute Entwürfe aus der Mitte der Gesellschaft für soziale Reformen und einen gut organisierten Widerstand gegen die grenzenlose Privatisierung öffentlicher Güter. So hat beispielsweise die nicaraguanische Bürgerorganisation zur Verteidigung von Verbraucherrechten in einer Allianz mit anderen zivilen Organisationen bislang die Privatisierung der Wasserressourcen des Landes erfolgreich aufhalten können.

Und es gibt vertrauenswürdige, erfahrene Personen des politischen Lebens, die gegen den Strom schwimmen und eine andere Politik machen wollen. Zur zentralen Figur aus diesem politischen Spektrum ist in den letzten Monaten Herty Lewites, vormaliger Bürgermeister von Managua, Sandinist der ersten Stunde, in den achtziger Jahren Tourismusminister der Revolutionsregierung, aufgestiegen. Im vergangenen Jahr hatte er innerhalb der FSLN seine Kandidatur für die Präsidentschaft angemeldet, was einen tiefen Konflikt mit Daniel Ortega auslöste, der selbst zum vierten Mal zur Wahl antreten will. Die Auseinandersetzung endete mit dem Ausschluss von Herty Lewites aus der FSLN. Trotzdem entwickelt sich die Situation gegenwärtig zu Gunsten von Lewites, der in der Bevölkerung hohes Ansehen genießt und wegen seiner Integrationsfähigkeit auch in konservativen Kreisen und im Unternehmerlager beachtlichen Zuspruch erfährt. Er wird stark von einflussreichen sandinistischen „Dissidenten“ und „Dissidentinnen“ wie z.B. der auch international hoch geachtete Dora Maria Tellez unterstützt. Es zeichnet sich ab, dass es ihm gelingt eine breite politische Allianz jenseits der FSLN zustande zu bringen, der von der Partei Camino Cristiano CR bis zur MRS* Movimiento Renovadora Sandinista verschiedene politische Lager angehören könnten. Beobachter räumen Lewites eine gute Chance ein, die Präsidentschaft zu gewinnen. Eine Umfrage von CID-Gallup ergab, dass schon im Februar des vergangenen Jahres, wären zu diesem Zeitpunkt Wahlen gewesen, Herty Lewites 46,5% der Wählerstimmen erhalten hätte.

Es bleibt zu hoffen und Nicaragua und seinen Menschen zu wünschen, dass die Wahlen im November einen tief greifenden Politikwechsel bringen und die Verantwortung in die Hände von Personen gelangt, die wieder das Gemeinwohl und soziale Gerechtigkeit über Machtstreben, Partikularinteressen und eine neoliberale Wirtschaftsdeologie stellen.

* MSR Movimiento Renovadora Sandinista, Bewegung zur Erneuerung des Sandinismus

Herbert Löhr, für den Förderverein
StädtePartnerschaft Ulm – Jinotega

26.01.2006